

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/12

18. Januar 1977

Opposition stört Wiener MBR-Verhandlungen

Die Union isoliert sich nun auch in der Abrüstungsfrage

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Seite 1 / 38 Zeilen

Energieprogramm muß realistisch sein

Reaktor-Störfälle beleben Diskussion um Ersatzenergien

Von Gerhard Flämig MdB
Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Energie und
Forschung im Europaparlament

Seite 2 und 3 / 70 Zeilen

Unruhe der Bürger ist berechtigt

Kernkraftwerksbau beim jetzigen Erkenntnisstand nicht
zu verantworten

Von Klaus-Peter Bruns MdL
Vorsitzender der Kommission Kernenergie der nieder-
sächsischen SPD

Seite 4 und 5 / 75 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmid:

Hausassee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Postfach 1, Zimmer 217-224
Telefon: 81 90 98,39
Telefax: 08 66 846-48 pppn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 876611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Opposition stört Wiener MBFR-Verhandlungen

Die Union isoliert sich nun auch in der Abrüstungsfrage

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Seit mehreren Wochen versuchen Abgeordnete der Unionsparteien die Arbeit bei den Wiener Abrüstungsgesprächen zu stören. Zu diesem Zweck haben sie unmißverständliche Erklärungen sozialdemokratischer Politiker, insbesondere des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, bewußt und gezielt falsch interpretiert, um einen angeblichen Gegensatz der sozialdemokratischen Politiker zur Linie der Bundesregierung und den westlichen Positionen zu konstruieren. Und dies, obwohl Willy Brandt in der Bundestagsdebatte am 17. Dezember 1976 diese abwegigen Interpretationen durch die CDU-Abgeordneten Mertens und Barzel ausdrücklich zurückgewiesen hat.

Willy Brandt hatte in seinem, dem Bonner "Generalanzeiger" am 8. Dezember 1976 gegebenen Interview vorgeschlagen, "die Wiener Verhandlungen über eine beiderseitige und ausgewogene Verminderung von Truppen und Rüstungen in der Mitte Europas aus der Erstarrung der Expertengespräche" zu lösen und "auf hoher politischer Ebene" voranzubringen. Er hatte zwei "prinzipiell wichtige" Schritte genannt, mit denen man beginnen könne, und sich dabei inhaltlich auf das Angebot der NATO bezogen, wonach - verbunden mit einer Festlegung auf das Ziel der Parität - in einer ersten Phase die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten Truppen reduzieren, in einer zweiten Phase die anderen direkt beteiligten Streitkräfte (nämlich die "nationalen" Streitkräfte der anderen Bündnismitglieder auf beiden Seiten) zur Erreichung der Parität einbezogen würden. Brandt hat weder gesagt noch gemeint, daß dies in bilateralen Verhandlungen oder in einem direkten, nicht dem jeweiligen Bündnis überlassenen Verteilungsmodus (Ziel der kollektiven Höchststärken) erfolgen solle.

Wenn dem Vorsitzenden der SPD nun unterstellt wird, er habe "NATO-Positionen unterminiert" und "sowjetische Positionen öffentlich gefördert", so ist dies nicht nur eine böswillige Diffamierung, sondern zugleich ein Absetzen der Union von den NATO-Positionen in Wien. Die Union will offenbar ihren 1975 gescheiterten Versuch, die Bundesrepublik in Helsinki zu isolieren, nun in Wien wiederholen. Die Unionspolitiker müssen sich daran erinnern lassen, daß Abrüstung ein vorrangiges Anliegen der NATO ist und daß der zukünftige amerikanische Außenminister Cyrus Vance vor dem amerikanischen Senat in diesen Tagen auf die hohe Priorität der MBFR-Verhandlungen hingewiesen hat.

Die Koalition wird sich auch durch dieses Störfeuer nicht von der vorrangigen Aufgabe der Abrüstung abbringen lassen. Die Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung wird Gelegenheit geben, dies klarzustellen.

(-/18.1.1977/vd/hgs)

+ + +

Energieprogramm muß realistisch sein

Reaktor-Störfälle beleben Diskussion um Ersatzenergien

Von Gerhard Flämig MdB

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Energie und
Forschung im Europaparlament

Es gehörte wohl Naivität dazu anzunehmen, daß der jüngste Störfall im Kernkraftwerk Gundremmingen der Öffentlichkeitserbeit in Sachen friedliche Nutzung der Kernenergie keinen Schaden zugefügt hat. Obwohl alle Sicherheitsvorkehrungen hervorragend funktioniert haben, obwohl keine Radioaktivität in die Umwelt freigesetzt wurde, obwohl das gleichzeitige Zusammenbrechen zweier verschiedener Hochspannungsleitungen unter der Schneelast ein außerordentlich seltener Vorfall ist - es bleibt die Sensationsnachricht, daß es schon wieder einen Störfall in einem Kernkraftwerk gab.

Je deutlicher die technischen Probleme der friedlichen Nutzung der Kernenergie, insbesondere der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen und der Endlagerung von Atommüll, sichtbar werden, desto vernehmlicher wird der Ruf nach der raschen Entwicklung von alternativen Energien. Bundesminister Matthöfer wurde kürzlich in einem öffentlichen Forum danach gefragt. Seine kritischen Aussagen hinsichtlich neuer Energie-Technologien und damit auch im Hinblick auf Hochtemperatur-Reaktoren und Kernfusion haben in Fachkreisen Furore gemacht. Wieso eigentlich?

Es darf doch heute als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, daß es im nationalen Interesse liegt, den Erdölverbrauch und damit die Erdöl-Einfuhr einzuschränken. Es ist ebenfalls unbestritten, daß die errechneten Kohlenvorräte - Braunkohle wie Steinkohle - in der Bundesrepublik zwar noch rein rechnerisch für Jahrhunderte langen, ihre wirtschaftliche Nutzbarkeit aber beschränkt ist, abgesehen von der Tatsache, daß es sich bei Kohle, Erdöl und Erdgas um schwer ersetzbare Rohstoffe handelt, die irgendwann unweiderbringlich zu Ende gehen. Aus all diesen Gründen erschallt der Ruf nach neuen Technologien.

Der Hochtemperatur-Reaktor, der sich zum Teil mit dem reichlich verfügbaren Thorium betreiben läßt und eine wesentlich bessere Sicherheit gegen Störungen und Unfälle bieten soll als die herkömmlichen Leichtwasser-

Reaktoren, hat derzeit auf dem Weltmarkt geringe Chancen. Die Ursache wäre zu ergründen. Wenn Bundesminister Matthöfer über diese Tatsache feststellt, so ist dies kein Verstoß gegen die Gesetze, nach denen ein Bundesforschungsminister angetreten ist. Schließlich bezieht sich seine Bemerkung nicht auf die Fertigstellung des Hochtemperatur-Versuchskraftwerkes in Schmehausen, sondern auf die Zeit danach.

Eine weitere Lösung wäre die Kernfusion. Hier deckt sich des Bundesministers Aussage mit der Erläuterung Fachleute: Es werden 30 bis 40 Jahre vergehen, bis es gelingt, mittels Kernfusion in nennenswertem Umfang Strom zu erzeugen - wenn es überhaupt jemals gelingt!!!

Trotz der Ausrufezeichen ist hier ein mahnendes Wort an den Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften angebracht. Die Frage, ob die Kernfusion gelingt oder nicht, kann nur durch Experimente beantwortet werden. Es ist geradezu unverantwortlich und ein erbärmliches Zeichen der Entschlossenlosigkeit und des nationalen Egoismus, wenn der Ministerrat immer noch die Errichtung einer Fusionsforschungsanlage JET an der Standortfrage scheitern läßt. Die Europäische Gemeinschaft sollte sich auf diesem zukunftsträchtigen Gebiet von den Amerikanern und Sowjets nicht die Butter vom Brot nehmen lassen!

Bleibe immer noch die Frage anderer Ersatzenergien. In Bezug auf die Nutzung der Sonnenenergie, der Wind- und Wellenkräfte, ja selbst die Nutzung der Erdwärme, sind jüngst große Hoffnungen geweckt worden. Hier gilt es, realistisch zu bleiben. Gewiß lassen sich mit Hilfe von Solarzellen Sonnenstrahlen in elektrischen Strom umwandeln. Eine so gewonnene Kilowattstunde kostet derzeit etwa 150.000 Dollar. Die Kapazität eines einzigen Großkraftwerkes durch Solarzellen ersetzen, würde bedeuten, hunderte von Quadratkilometern Erdoberfläche mit Solarzellen zu überdecken, die beim ersten Staubsturm funktionsuntüchtig würden und Elektrizität nur tagsüber erzeugen würden, wenn die Sonne scheint. Ähnliche Rechnungen ließen sich aufmachen für die Nutzung der Windenergie. Tausende riesiger Windrotor-Türme würden nutzlos im Gelände herumstehen, wenn es dem Wettergott gefällt, flaute ein- treten zu lassen.

Alles in allem gesehen ist aber eines nach wie vor gültig: das Energieprogramm der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft muß fußen auf dem Dreieck: Energie-Einsparung - Deckung des Zuwachsbedarfes durch größtmögliche Diversifikation der Energiequellen - verstärkte Forschung für realistische Ersatzenergien.

Die Entscheidung muß bald fallen, denn die Zeit drängt. Die Nullwachstums-Apostel vermochten nicht zu sagen, wie die sozialen Probleme im Inland und die Menschheitsaufgaben der Entwicklungshilfe gelöst werden sollen ohne Wirtschaftswachstum. Wirtschaftswachstum aber bedeutet wachsenden Energiebedarf.
(-/18.1.1977/vd/hgs)

+ + +

Unruhe der Bürger ist berechtigt

Kernkraftwerksbau beim jetzigen Erkenntnisstand nicht zu verantworten

Von Klaus-Peter Bruns McL

Vorsitzender der Kommission Kernenergie der niedersächsischen SPD

Die Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie kann nicht isoliert betrachtet werden. In dieses Thema sind mit einbezogen: Wirtschaftswachstum, Energiebedarf, Sicherheit und Umweltschutz. - Es geht letztlich um die Frage: Haben wir das Wissen, die Fähigkeiten und das Verantwortungsbewußtsein, um sinnvolles Wachstum - soweit es zur Befreiung aller Menschen von Not, Armut und Hunger erforderlich ist - zu gewährleisten, ohne unsere Umwelt und für die Zukunft zu zerstören?

Die Bundesregierung und die Bundesländer haben sich bisher aus diesen übergeordneten Gründen für eine friedliche Nutzung der Kernenergie entschieden, einmal weil sie davon ausgingen, daß der zukünftige Energiebedarf nicht mehr mit den bisherigen überwiegend genutzten fossilen Rohstoffen Erdgas, Erdöl und Kohle gedeckt werden kann und diese Rohstoffe schon in wenigen Jahrzehnten bzw. Jahrhunderten zur Neige gehen, zum anderen, weil sie bisher davon überzeugt waren, daß die mit der Kernenergie verbundenen Gefahren für die Sicherheit der Menschen und für die Umwelt gebannt werden könnten.

So hat Bundeskanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung nochmals festgestellt, daß auf den Ausbau der Kernenergie nicht verzichtet werden kann, selbst wenn alle Möglichkeiten zur Energieeinsparung, zur besseren Nutzung der Kohle und zur Entwicklung neuer umweltfreundlicher Energiequellen ausgeschöpft werden. Die Genehmigung neuer und die Betriebsgenehmigung schon im Bau befindlicher Kernkraftwerke soll zwar erst erfolgen, wenn für diese die Entsorgung sichergestellt ist. Die Bundesregierung rechnet aber, daß dieses Ziel bald erreicht wird und verweist darauf, daß die Absprache mit dem Land Niedersachsen über den Standort der Entsorgungsanlage einen weiteren Schritt zur Lösung des Entsorgungsproblems darstellt.

Die Politiker in Bund und Ländern haben allerdings ausdrücklich erklärt, daß die Sicherheit der Menschen und der Schutz unserer Umwelt Vorrang vor allen wirtschaftlichen Erwägungen haben. Die entscheidende Frage bei der Nutzung der Kernenergie ist also, ob bei der Fülle der bis heute noch nicht gelösten Probleme und Risiken beim Betrieb und der Stilllegung der Atomkraftwerke, beim Transport des Atom Mülls und der verbrauchten Brennstäbe, bei der Wiederaufbereitung und bei der Lagerung der Atomabfälle sowie bei dem Mangel an praktischen Erfahrungen die Sicherheit der Menschen und der Schutz der Umwelt wirklich langfristig gewährleistet sind.

Die hier angemeldeten Zweifel und Gegenargumente müssen ausgeräumt werden. Wenn dies nicht möglich ist, müssen Alternativen gefunden werden, um den Energiebedarf der Zukunft zu decken.

Die Unruhe der Bürger ist berechtigt und ernst zu nehmen. In einem freiheitlich demokratischen Staat kann eine so zukunftsentscheidende Frage nicht den fachkundigen Wissenschaftlern, Technokraten oder Bürokraten allein

überlassen bleiben. Die Information und Mitbeteiligung der Bürger und Politiker ist erheblich zu verstärken.

Mit der Diskussion um die Sicherung einer ausreichenden Energieversorgung ist auch die Diskussion um das erforderliche Wirtschaftswachstum zu führen. Es geht bei der Sicherung der Energieversorgung auch um die Sicherheit der Arbeitsplätze, das Recht auf Arbeit, soziale Sicherheit, Freiheit vor Hunger und Armut, um ständige Verbesserung der Dienstleistungen im medizinischen, sozialen und kulturellen Bereich.

Die von Sozialdemokraten miterkämpften Fortschritte zur Befreiung der Menschen von Armut, Hunger und Unterdrückung, zur Gewinnung von Chancengleichheit und zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebens dürfen im Rahmen der Energiedebatte nicht in Frage gestellt werden. Dieses Ziel muß erreicht werden bei Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts und ohne Zerstörung unserer Umwelt.

Für die Sozialdemokraten in Niedersachsen ergeben sich daher folgende Feststellungen und Forderungen:

Beim derzeitigen Stand der Erkenntnisse und der Entwicklung der Technologien für die friedliche Nutzung der Kernenergie bedeutet die Fortführung des Baues von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik und in der übrigen Welt ein nicht zu verantwortendes Risiko für die Sicherheit der Menschen und für unsere Umwelt. Eine Unterscheidung zwischen friedlicher und nicht-friedlicher Nutzung der Kernenergie ist nicht zu gewährleisten. Kernenergienutzung muß Gegenstand internationaler Absprachen und nicht kommerziellen Wettbewerbs sein.

Bei der vorgesehenen Überarbeitung des Energieprogramms durch die Bundesregierung sind alle Energieeinsparungsmöglichkeiten konsequenter als bisher einzubeziehen. Die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten der unterschiedlichen Energiegewinnungsverfahren bzw. -quellen sind nach neuesten Erkenntnissen zu ermitteln.

Die vielfältigen Bemühungen des Bundesministers für Forschung und Technologie in Richtung auf die Erforschung und Erschließung neuer Energiequellen und Verfahren der Energie- und Rohstoffeinsparung sind in politischer, gesetzgeberischer und finanzieller Hinsicht im erforderlichen Umfang zu unterstützen und umzusetzen.

Der verhängnisvollen Alternative Kernenergie oder unzureichendes Wachstum kann so begegnet werden. (~/18.1.1977/va/hgs)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Helmut G. Schmidt